



FWG setzt sich für Kinder und Familien ein:

Nicht kürzen bei den Kurzen

Deutschland gehört zu den kinder- und familienunfreundlichsten Ländern der EU, wie entsprechende Erhebungen belegen. Ganz Deutschland? Nein! Eine kleine Stadt namens Korbach ist kinder- und familienfreundlich. Die dort regierenden Kommunalpolitiker der **Freien Wählergemeinschaft** wehren sich erfolgreich gegen den familienpolitischen Kahlschlag. Ihr Motto, unter dem sie ein ganzes Bündel von Maßnahmen, Ideen und Aktionen zusammengefaßt haben, lautet: „Nicht kürzen bei den Kurzen!“

Als eine der ersten Maßnahmen wurde eine langjährige Forderung der **Freien Wähler**, der erste Antrag datiert aus dem Jahr 1998, verwirklicht: Ab dem 1. September 2003 wurden die Kindergartenentgelte der Stadt Korbach von einer 13-Stufenregelung auf ein Festentgelt mit Zuschußregelung umgestellt. Leitlinie war, bei möglichst geringer Belastung der Eltern, zum Wohl der Kinder die gute Betreuungsqualität in unseren Kindergärten zu erhalten und allen Kindern, unabhängig von ihrer sozialen Situation, den Besuch eines Kindergartens zu ermöglichen. Die neue Regelung wurde im Vorfeld mit Vertretern der Kirchen, der Le-



Hüpfburg beim 1. Korbacher Kinderspielfest

benshilfe, der Sozialkommission und natürlich auch mit dem Elternbeirat abgestimmt.

Schon im Jahre 2002 wurden, aufgrund gesetzlicher Änderungen, 11 neue Arbeitsplätze in den Kindergärten geschaffen. Seinerzeit wurden die Ausbildungsgänge für Erzieherinnen geändert und die Vorpraktikantinnen fielen weg. Auf den zusätzlichen Kosten blieb die Stadt, wie schon so oft bei der Umsetzung von Landes- und Bundesgesetzen, sitzen. Der Zuschußbedarf für unsere Kindergärten war plötzlich auf rund 1,5 Millionen Euro hochgeschwollen, ein so auf Dauer nicht finanzierbarer Betrag. Also mußte nach einem Kompromiß gesucht werden, der den Zuschußbedarf nicht weiter ansteigen läßt und den Eltern keine übermäßige Belastung auferlegt. Das wurde durch die neue Festbetragsregelung, die ein Kinder-

gartenentgelt in Höhe von 84,-€ vorsieht, erreicht. Die Entgelte liegen damit, verglichen mit anderen Städten und Gemeinden, am unteren Ende der Skala. Für die Bezieher kleiner Einkommen, die die Entgelte nicht selbst finanzieren können, ist jetzt der Landkreis als Sozialhilfeträger zuständig. Sollten danach immer noch Härtefälle auftreten, gewährt die Stadt Korbach weitere Zuschüsse.

Fazit der neuen Regelung: Die Betreuungsqualität bleibt erhalten,



Kinderfest: unsere Goldmarie liest im Vorlesezelt Märchen



**Kai Schumacher,
FWG-Fraktionsvorsitzender
und „Erfinder“ des Kinderfestes**

obwohl die Eltern nicht mehr zahlen müssen, viele sogar weniger. Gleichzeitig sind der Verwaltungsaufwand im Rathaus und damit die Kosten spürbar gesunken.

Das Motto „**Nicht kürzen bei den Kurzen**“ hat viele weitere Facetten. Nach Auffassung der **Freien Wähler** gehören Ganztageschulen und die Festschreibung der Kindergarten-

entgelte bis 2009 ebenso dazu, wie die Einrichtung von Ganztagsplätzen in Kindergärten und die Überbrückung von Ferienzeiten durch Öffnung von zumindest einem Kindergarten in den Schulferien. Ein entsprechender Antrag wurde im Stadtparlament eingebracht und wird wohl eine breite Mehrheit finden.

Im Dezember 2004 hatte Kai Schumacher, Fraktionsvorsitzender der **Freien Wähler**, die Idee, ein Kinderspielfest in der Allee durchzuführen. Nach seiner Auffassung besteht in Korbach ein Defizit an Veranstaltungen für Kinder, da fast alle Veranstaltungen, wie das Altstadt- und Kulturfest, der Mittelalterliche Markt, kulturelle Veranstaltungen und unsere Märkte, auf Erwachsene ausgerichtet sind. Für den Familienvater Kai Schumacher sollte ein Fest entstehen, das nicht gewinnorientiert betrieben wird. Vielmehr sollte etwas gegeben anstatt gekürzt werden.

Da von der Stadt Korbach nicht verlangt werden konnte, ein solches Kinderfest auszurichten, wurde kurzerhand bei Planung, Konzeption und Durchführung mit angepackt.

Schnell war eine Vielzahl von Helfern, Spendern und Firmen gefunden, die mitmachen wollten und mitgemacht haben. Kindergärten, der Kreisel, die Musikschule und die VorleserInnen im Märchenzelt werden hier nur stellvertretend für alle genannt, die zum Gelingen beigetragen haben. Ihnen gebührt unser ausdrücklicher Dank, denn ohne sie wäre das erste Korbacher Spielfest mit über 1000 teilnehmenden Kindern nicht so ein überwältigender Erfolg geworden. Gutes Wetter, eine Hüpfburg, Kinderanimation und sportliche Attraktionen machten den Tag zu einem Tag, den Korbachs Kinder so schnell nicht vergessen werden.

Die **Freien Wähler** wollen das Kinderspielfest zu einer regelmäßigen Veranstaltung machen. Sie sehen darin auch eine Chance, die Integration der in Korbach lebenden ausländischen Kinder zu fördern und einen aktiven Beitrag zur Gewaltprävention zu leisten. Daher der Aufruf an alle Korbacherinnen und Korbacher: Laßt uns zeigen, daß wir eine kinderfreundliche Stadt sind und „**Nicht kürzen bei den Kurzen**“!

Werbekonzert für Korbach:

„Goldspur“ nimmt Gestalt an

Als „Goldspur“ wird ein Werbekonzept zur Tourismusförderung in Korbach bezeichnet, das parallel dazu zu einer Belebung von Fußgängerzone und Altstadt führen soll. Die überall sichtbaren Goldtaler sind nur ein kleiner Bestandteil, zum Goldspurkonzept gehört jedoch noch viel mehr.

Korbach lebt nicht nur von der anässigen Industrie, sondern auch vom Tourismus. Daher sind auch hierfür zukunftsweisende Ideen zu entwickeln und umzusetzen: die Goldspur. Sie ist ein Objekt für den Tagestouristen und soll den Besucher durch unser schönes Korbach zu den Sehenswürdigkeiten und Attraktionen der Altstadt führen und dem Einzelhandel in Fußgängerzone und Altstadt helfen. Von den Einzelhändlern wird daher auch erwartet, daß sie ihren Beitrag leisten und den Bereich vor ihren Geschäften entsprechend gestalten.

Im Zuge der Verwirklichung der Goldspur wird die Fußgängerzone aufgeräumt. Hindernisse wie Mauern und falsch plazierte Sitzgruppen werden entfernt, „wildes“ Plakattieren eingedämmt, die Gestaltung der Blumeninseln wird geändert und Wegweiser, Stadtpläne und Hinweisschilder werden einheitlich gestaltet. Der Werbeslogan „Korbach Goldrichtig“ rückt in den Vordergrund.

Einige bauliche Veränderungen, wie zum Beispiel die fußgängerfreundliche Umgestaltung der Prof.-Kümmel-Straße, sind abgeschlossen. Andere, wie die Umgestaltung des Aufgangs vom „Loch“ zur oberen Fußgängerzone und der Umbau des Rathausvorplatzes mit Bracks Kump werden folgen. Derzeit werden die alten Feuerwehrgaragen abgerissen, um, so eine Idee, Flächen für Wohnmobilstellplätze zu gewinnen.



alte Feuerwehrgaragen

Die **Freien Wähler** betrachten die „Goldspur“ als ein langfristig angelegtes Projekt, das ständig weiterentwickelt werden muß. Dazu sind Ideen erforderlich. Eine Idee, die bereits auf breite Zustimmung gestoßen ist, ist im ehemaligen Kaufhaus Konze in der Prof.-Kümmel-Straße ein Altstadtcenter zu errichten. Mit Altstadtcenter ist eine Kombination aus Parkhaus und einigen kleinen Geschäften gemeint. Eine reine Parkhauslösung, wie von anderer Seite vorgeschlagen, steigert nach Auffassung der **Freien Wähler** die Attraktivität der Altstadt nicht in dem Maße wie die vorgeschlagene Kombilösung.

Für uns politisch tätig:

Aktive der FWG Korbach

Mein Name ist **Hannelore Gruhl**. Ich bin 49 Jahre alt, in Dalwigksthale geboren und wohne in Korbach. Seit 25 Jahren bin ich mit meinem Mann Jochen verheiratet. Wir haben zwei Kinder, Yvonne, 29 Jahre, und Alexander, 23 Jahre alt.



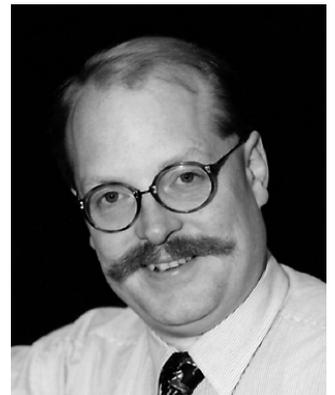
Ich arbeite als Verkäuferin und Hausfrau. In meiner Freizeit gehe ich joggen und tauchen. Außerdem bin ich Mitglied der Freilichtbühne Korbach e.V.

Seit 1988 bin ich Mitglied der Freien Wählergemeinschaft Korbach und engagiere mich für die Korbacher Kommunalpolitik.

Von besonderem Interesse für mich als Frau sind die Bereiche Sicherheit und Prävention. Obwohl Korbach hier in den zurückliegenden Jahren große Fortschritte gemacht hat, glaube ich, daß noch weitere Maßnahmen getroffen werden müssen.

Darüber hinaus möchte ich einen aktiven Beitrag zum Umweltschutz in Korbach leisten. Von großem Interesse für mich sind Anlagen zur Nutzung der Solartechnik. Wilde Müllablagerungen, wie ich sie gelegentlich beobachte, möchte ich verhindern.

Mein Name ist **Gerhard Kleine**. Ich wurde am 24. März 1959 in Korbach geboren und wohne in Rhena, in der Upländer Straße 25. Ich bin seit 16 Jahren mit meiner Frau Susanne verheiratet. Wir haben eine siebenjährige Tochter.



Als selbständiger Ingenieur betreibe ich ein Ingenieurbüro für Elektronikentwicklung und Nachrichtentechnik mit einer kleinen Fertigungslinie für elektronische Schaltungen.

Seit rund acht Jahren engagiere ich mich ehrenamtlich als sachkundiger Bürger in der Marktkommission für den Erhalt von Kilians- und Herbstmarkt.

Voraussetzungen für die Entwicklung Korbachs sind intakte Finanzen und eine florierende Wirtschaft. Daher liegt einer der Schwerpunkte meines Interesses in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Gleichzeitig beobachte ich die demografische Entwicklung Deutschlands mit großer Sorge. Die Kommunalpolitik kann und muß dafür sorgen, daß Korbach noch kinder- und familienfreundlicher als bisher wird. Daher kandidiere ich auf der Liste der Freien Wähler am 26. März fürs Stadtparlament.

Mein Name ist **Michael Köhler**. Ich wurde in Korbach am 6. September 1962 geboren.



Mit meiner Frau Astrid, mit der ich seit 13 Jahren verheiratet bin, und meinen beiden Kindern Maria und Niklas wohne ich in der Tränkestrasse in Korbach.

Seit 15 Jahren bin ich selbständiger Maler und Lackiermeister. Mir macht es sehr viel Freude, durch meinen Beruf zum guten Aussehen der Stadt beizutragen.

In meiner Freizeit engagiere ich mich in vielen Vereinen der Stadt Korbach, wie zum Beispiel im TSV 1850/09 Korbach, dem Krebsförderverein und der Schützengilde. Meine Frau unterstütze ich in ihrer Arbeit als Küstrin der Kilianskirche.

Durch meine Tätigkeit als selbständiger Handwerker komme ich mit vielen Bürgern der Stadt in Kontakt. Dabei lerne ich ihre Sorgen und Nöte kennen und erfahre auch von Mängeln. Aus der Freien Wählergemeinschaft heraus, der ich seit dem Jahrtausendwechsel angehöre, möchte ich mithelfen, diese Mängel zu beseitigen, um Korbach lebenswerter zu gestalten.

Mein Name ist **Thomas Berg**. Ich bin 41 Jahre alt und in Korbach geboren.



Seit 15 Jahren bin ich mit meiner Frau Petra verheiratet und habe zwei Söhne, Sebastian 13 Jahre und Fabian 12 Jahre alt.

Ich arbeite als Krankenpfleger in der OP-Abteilung des Korbacher Stadtkrankenhauses.

In meiner Freizeit engagiere ich mich als erster Vorsitzender für den Korbacher Förderverein für krebskranke Kinder e.V. Hinzu kommt, daß ich ein Buch verfaßt habe, das Kindern die Angst vor einem Krankenhaus nehmen soll.

Zudem bin ich noch als Schöffe beim Amtsgericht Korbach tätig.

Mit meinen Kindern angele ich an unserem eigenen Fischteich und mache Radtouren rund um Korbach mit seiner schönen Umgebung.

Für mich als Familienvater ist es wichtig, daß Familien und Kinder in Korbach eine sichere und gewaltfreie Zukunft geboten wird. Weiterhin sollte eine gute medizinische Versorgung durch ein Krankenhaus in unserer Kreisstadt gewährleistet sein.

Was ist los in Korbach und bei den *Freien Wählern*?

Rund um den Nachtwächter

Heizkraftwerk für die Conti



Unsere Conti befindet sich in einem weltweiten Verdrängungswettbewerb mit hohen Produktionsüberkapazitäten. Daraus resultiert ein enormer Preisdruck. Zusätzlich fordern Erstausrüster jährliche Kostenreduzierungen. Um dem zu begegnen, ist Conti-Strategie die Erhöhung der Produktionsanteile an Niedrigkosten-Standorten. Zwischen den einzelnen Konzernstandorten herrscht ein harter Wettbewerb.

Weltweit werden zur Zeit mehr als 100 Mio. Reifen/Jahr von Conti produziert. Es ist geplant, weitere Produktionskapazitäten an Niedrigkosten-Standorten zu schaffen. Die Mehrmenge soll laut Marktprognose verkaufbar sein. Was ist, wenn dies nicht zutrifft? Das Problem werden dann die teuren Produktionsstandorte haben.

Das geplante Industrieheizkraftwerk leistet einen guten Beitrag zur Senkung der Produktionskosten am Korbacher Standort. Der Wärmebedarf des Werkes beträgt mehr als 150.000.000 kWh/Jahr und entspricht damit dem Wärmebedarf von 10.000 Haushalten. Für diese Wärmemenge wären mehr als 40 Biomasse-Kraftwerke mit je 500 kW Leistung erforderlich. Hinzu kommt noch die benötigte Stromenergie mit etwa 60.000.000 kWh/a. In 2005 betragen die Ausgaben für die Energiebeschaffung (Gas + Strom) etwa 9 Mio €. Die zur Zeit erforderlichen 16 Mio m³ Erdgas könnten durch Ersatzbrennstoff aus Siedlungsabfall zum großen Teil ersetzt werden. Hinzu kommt, daß die Technische Anleitung Siedlungsabfall (TASI) eine Deponierung unbehandelter Abfälle ab dem 1. Juni 2005 nicht mehr zuläßt.

Sinn macht es daher, die hochkalorischen Teile des Abfalles zur Energiegewinnung einzusetzen. Für die geplante Anlage werden rund 70.000t vorsortierter und vorbehandelter Müll pro Jahr benötigt. An dieser Stelle sei noch einmal deutlich darauf hingewiesen, daß es sich **NICHT** um eine Müllverbrennungsanlage, in der ein Müllgemisch mit all seinen Problemen verbrannt wird, handelt, sondern um ein Industrieheizkraftwerk! Die technische Ausrüstung wird und muß den gesetzlichen Vorgaben entsprechen. Es gilt die Bundesemissionsschutzverordnung mit einer entsprechenden Umweltverträglichkeitsprüfung. Die dort zugelassenen Emissionswerte werden erfahrungsgemäß noch deutlich unterschritten.

Für die Korbacher *Freien Wähler* ist daher klar: Wir brauchen das Industrieheizkraftwerk zur Sicherung des Conti-Standortes. Es macht Sinn, sortierten Abfall zu verbrennen und die darin gespeicherte Energie zu gewinnen, da so große Mengen Erdgas (CO₂-Ausstoß) eingespart werden können. Eine Gesundheitsgefährdung für die Bevölkerung haben die Gutachter auf der Bürgerversammlung ausgeschlossen, daher ist das Projekt zu unterstützen.

Altenheimerweiterung



Mit „nur“ 3,2 Mio. Euro Volumen ist die Erweiterung des städtischen Altenheims am Nordwall eine der „kleinen“ Baumaßnahmen, die derzeit in Korbach stattfinden. Bemerkenswerter ist jedoch, daß es Frau Martina Krämer, Leiterin des Altenheims, gelang, eine Finanzierung aus eigener Kraft, also ohne eine Beteiligung der Stadt, auf die Beine zu stellen. Die *Freien Wähler* möch-

ten die Gelegenheit nutzen, Frau Krämer für die hervorragende Arbeit zu danken und ihr auch in Zukunft Unterstützung zusagen.

Apothekennotdienst: Kahlschlag in der Fläche

Die neue Apotheken-Notdienst-Ordnung - was für ein schöner Name für eine schlimme Sache - ist jetzt seit drei Monaten in Kraft und wird immer mehr als „Skandal“ bezeichnet. Seit der Einführung gehören nicht nur die sieben Korbacher Apotheken zu dem Notfall-Pool, sondern auch die Apotheken in Vöhl und Sachsenhausen. Das bringt in erster Linie eine Entlastung für die einzelnen Apotheken in Bezug auf Notfallschichten. Dafür müssen aber Einwohner im Extremfall, in der Regel Nachts, zum Beispiel von Hillershausen nach Sachsenhausen fahren, um ein dringend benötigtes Medikament zu bekommen. Wohl dem der ein Auto hat. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist diese Tour wohl ein aussichtsloses Unterfangen.

Diese Verordnung ist, wie leider manche Vorschrift, für Ballungsräume ausgelegt und vernachlässigt die Bewohner in der Fläche, wie etwa bei uns in Waldeck - Frankenberg.

Einwände der Stadt Korbach brachten bisher keine Änderung der Situation. Hier hilft wohl nur ein lautes Aufbegehren der Patienten.

„Brötchentaste“



Die Korbacher *Freien Wähler* sind der Auffassung: Einkaufen, Abholen und Wegbringen soll, sofern kurze Zeiten nicht überschritten werden, in Korbach gebührenfrei möglich sein.

Im Mai 2004 stellte die **FWG** Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung daher den Antrag zur Einrichtung einer „Brötchentaste“ an den Parkautomaten. Wer nur mal kurz Brötchen holen will oder eine andere schnelle Besorgung hat, drückt einfach auf die „Brötchentaste“ am Parkautomat und erhält kostenlos einen Parkschein, der für 10 Minuten freies Parken erlaubt.

Inzwischen wurde unser Vorschlag im Bereich der Altstadt umgesetzt. Dabei ging es uns um die Förderung der in diesem Gebiet angesiedelten Betriebe: Filialisten, Banken, Handwerker, Geschäfte und Gaststätten. Gleichzeitig sollte ein Ausgleich zu Einrichtungen, die in unmittelbarer Nähe kostenfreie Parkmöglichkeiten haben, geschaffen werden. Zur Förderung der Altstadt gehört auch die von uns mitgetragene Änderung der Stellflächensatzung der Stadt Korbach, die jetzt niedrigere Ablösesummen für Parkflächen vorsieht.

Parkhaus & SB-Warenhaus

Wir haben neben dem Krankenhaus eine weitere Großbaustelle in Korbach, das SB-Warenhaus. Parallel zur Ansiedlung von Kaufland wird unser Parkhaus umgestaltet und renoviert. Die Renovierung ist nicht nur aus bautechnischen Gründen notwendig! Das Parkhaus soll optisch und auch aus Präventionsgründen heller und attraktiver gestaltet werden. Gleichzeitig findet eine Anpassung an die zukünftig anderen Ver-



kehrsströme und die dadurch geänderten Anforderungen statt. So wird beispielsweise der Einfahrtsbereich in die Flechtdorfer Landstraße verlegt, da der jetzige Einfahrtsbereich komplett umgestaltet wird.

Die **Freien Wähler** sind der Auffassung, daß es sinnvoll ist, den Umbau jetzt durchzuführen, damit mit der Eröffnung von Kaufland Umgestaltung und Renovierung abgeschlossen sind. Obwohl Kaufland eigene Parkflächen ausweist, ist der Erhalt der städtischen Parkflächen unumgänglich. Mit dem Umbau stellt Korbach weiterhin ein städtisches Parkzentrum zur Verfügung. Es trägt dazu bei, den Einzelhandel in der Fußgängerzone zu fördern. Schließlich liegt und lag in der Umgestaltung der Straßenzüge Prof.-Bier-Straße, Am Berndorfer Tor und der Bahnhofstraße in den 70er Jahren zu einer Fußgängerzone das Geheimnis des Erfolges der Einkaufsstadt Korbach. Die mutige Neugestaltung des Berndorfer-Tor-Platzes und der Bau des Parkhauses direkt im Zentrum leisteten das Übrige.

Meilenstein interkommunaler Zusammenarbeit

Um den Schutz der Bürger in Lichtenfels, Korbach, Hallenberg und Medebach zu verbessern, vereinbarten die Verantwortlichen der Städte mit Unterstützung der **Freien Wähler** eine länderübergreifende, interkommunale Zusammenarbeit der Feuerwehren und der kommunalen Aufgabenträger. „Ein echter Meilenstein“, kommentierten die Partner.

Sie sind damit einem gemeinsamen Aufruf der Innenminister in Hessen und Nordrhein-Westfalen gefolgt. Bereits vor vielen Jahren haben die Jugendfeuerwehren vor allem

in Lichtenfels, Medebach und Hallenberg intensiv zusammengearbeitet. Nun wurde eine deutlich weitergehende Zusammenarbeit vereinbart, die insbesondere durch den Beitritt der Kreisstadt Korbach an Gewicht gewinnt.

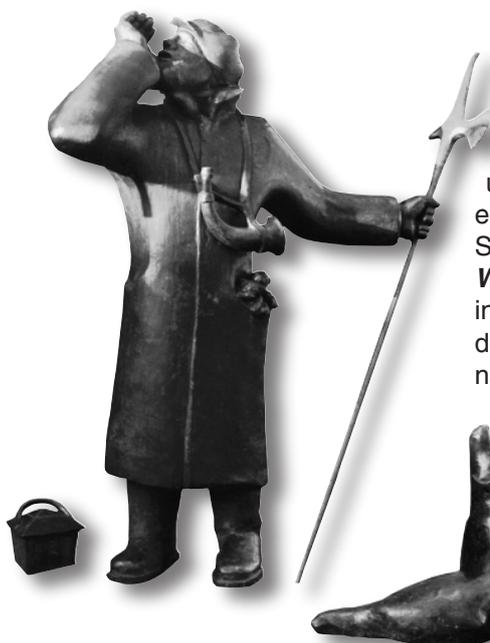
Der für das Feuerwehrwesen verantwortliche Betriebsleiter der Kreisstadt Korbach, Friedhelm Schmidt, wie auch das Mitglied in der Betriebskommission des Eigenbetriebes Feuerwehr, Heinz Graf, signalisierten eine enge Zusammenarbeit in punkto Wartung und Instandsetzung der Feuerwehrkleidung und Feuerwehrgerätschaften für die beteiligten Wehren.

Gerade weil bei einer Alarmierung tagsüber die Einsatzbereitschaft in einzelnen Orten sehr gering sei, „ist diese Kooperation ein Schritt in die richtige Richtung“, stellte der Lichtenfelser Bürgermeister Uwe Steuber (**Freie Wähler**) bei der Zusammenkunft im Rathaus in Goddelsheim fest.



Feuerwehr: 75.000€ für Korbacher Modell

Die hessische Landesregierung fördert Dienstleistungs-Verbünde, deren Kooperation Modellcharakter hat. Regierungspräsident Lutz Klein überreichte einen Förderbescheid in Höhe von 75.000€ an den Eigenbetrieb „Städtische Dienste und Feuerwehr“ in Korbach. In diesem Verbund haben sich, unter Federführung der Kreisstadt Korbach, insgesamt 18 Gemeinden über den Landkreis hinaus zusammengeschlossen, um enger und effektiver zusammenzuarbeiten und dadurch Steuermittel einzusparen. Der Kooperationsverbund des Eigenbetriebes gilt als der Einzige in seiner Art in Hessen. „Eine derart weitreichende Zusammenarbeit auf dem Sektor der Feuerwehr ist neu“, lobte Regierungspräsident Lutz Klein.



Stadtkrankenhaus Korbach unter neuer Leitung: Interview mit Armin Müller

Richtig Bewegung ist ins Stadtkrankenhaus gekommen. Inzwischen wurde nicht nur mit dem Erweiterungsbau begonnen. Seit schon etwas mehr als 100 Tagen ist der neue Geschäftsführer der Stadtkrankenhaus Korbach gGmbH, Herr Armin Müller, im Amt. Der **KORBACHER EXPRESS** hat Herrn Müller befragt und möchte ihn im Rahmen eines Interviews vorstellen.

KORBACHER EXPRESS: Nach dem Sie zuletzt ein Krankenhaus in einem privaten Konzern geleitet haben, sind Sie nun zu einem Krankenhaus in öffentlicher Trägerschaft gewechselt. Welche wesentlichen Unterschiede bestehen aus Ihrer Sicht zwischen einem Krankenhaus in einem privat geführten Konzern und einem Krankenhaus in öffentlicher Trägerschaft - so wie das Stadtkrankenhaus Korbach?

Müller: In einem privat geführten Konzern werden notwendige Dinge zügig diskutiert und entschieden. In öffentlich befindlicher Trägerschaft kann es durchaus zu langatmigen Diskussionen kommen, die auch sachfremd sein können. Ich betone ausdrücklich, daß dies in Korbach nicht der Fall ist, aber in einer großen Mehrzahl an öffentlich geführten Krankenhäusern kann man diesen Eindruck

gewinnen. In privat geführten Unternehmen gibt es eine ganz klare Dienstleistungs- und Kundenorientierung. Bei öffentlichen Trägern besteht hier oftmals noch Nachholbedarf.

KORBACHER EXPRESS: Unterscheiden sich auch die Führungsinstrumente?

Müller: Ja, denn bei privaten Konzernen werden die Leistungen der MitarbeiterInnen durch vertragliche Leistungen honoriert. Ein konzernweiten Vergleich verschiedener Kennzahlen und die daraus entstehende Konkurrenzsituation ermöglicht eine leistungsbezogene Entlohnung. Darüber hinaus verfügt ein Konzern über zentrale Abteilungen, auf deren großes Wissen von den Führungskräften der angeschlossenen Häuser zurückgegriffen werden kann. Ein einzelnes Haus muß sich dieses Wissen als Beratungsleistung teuer einkaufen.

KORBACHER EXPRESS: Gibt es bei einem öffentlichen Haus auch Vorteile?

Müller: Da sich die Renditezahlen an der Deckung des Investitionsbedarfs orientieren, haben öffentliche Häuser nicht den großen Druck der zweistelligen Renditeorientierung ei-



Armin Müller

nes privaten Trägers. Dennoch müssen und werden wir bestimmte Mentalitäten der privaten Träger übernehmen, um in Zukunft selbständig und eigenverantwortlich bestehen zu können.

KORBACHER EXPRESS: Die ersten 100 Tage sind um, Sie konnten sich einen Überblick verschaffen und erste Maßnahmen ergreifen. Welche Prioritäten setzen Sie dabei?

Müller: Mir geht es im ersten Schritt um eine Prozeßoptimierung im DRG-Zeitalter, daß heißt, die Diagnostik- und Therapieprozesse müssen überprüft, gegebenenfalls angepaßt und im Sinne einer Kundenorientierung verändert werden. Hierzu bedarf es vieler, vieler Überzeugungsgespräche. Damit einhergehend ist oftmals auch eine Kostensenkung verbunden. Parallel dazu müssen die Erlöse gesichert werden.

Diese doch teilweise sehr nachhaltig wirkenden Veränderungen erfordern von den MitarbeiterInnen eine hohe Bereitschaft zur Veränderung, die auch vorhanden ist. Diese Energie müssen wir nutzen. Wir müssen uns auf das konzentrieren, was unsere Kunden und Partner von uns erwarten. Daher findet derzeit eine Umfrage bei unseren einweisenden Ärzten statt. Anschließend wird eine interne Mitarbeiter- und eine Patientenbefragung stattfinden. Damit steht die Datenbasis, die wir für weitere Veränderungen benötigen, zur Verfügung.

KORBACHER EXPRESS: Das Stadtkrankenhaus steht vor der größten Investition seiner Geschichte. Die Baumaßnahme hat begonnen. Welche Chancen ergeben sich durch den Neubau für das Krankenhaus?



Erweiterungsbau des Stadtkrankenhauses begonnen

Müller: Es ergibt sich eine bessere, auf das neue Abrechnungssystem angepaßte, Prozeßorganisation. Die Zimmer, deren Ausstattung und die Arbeitsplätze der MitarbeiterInnen werden modernen Standards angepaßt. In den leerwerdenden Teilen des Hauses haben wir in Zukunft die Chance, niedergelassene Mediziner zu integrieren. Dabei denken wir an solche Mediziner, die durch ihre Spezialisierung die Patientenversorgung optimieren.

Insgesamt ist dieses Bauprojekt eine einmalige Chance, den Standort Korbach langfristig und dauerhaft zu sichern. Wobei die Ausrich-

tung auf ein wirtschaftlich positives Ergebnis zwingend ist. Der Neubau allein reicht für das Überleben nicht aus.

Parallel dazu benötigen wir motivierte, engagierte und die Situation erkennende MitarbeiterInnen. Ich bin überzeugt, daß wir diese haben. In Kombination mit dem Neubau werden medizinische und pflegerische Leistungen am Standort Korbach somit auf hohem Qualitätsniveau dauerhaft gesichert.

KORBACHER EXPRESS: Herr Müller, wir danken Ihnen für das informative Gespräch und wünschen Ihnen für die Zukunft eine „glückli-

che Hand“ bei der Führung unseres Stadtkrankenhauses Korbach.

Impressum:

Der

KORBACHER EXPRESS

erscheint unregelmässig und wird herausgegeben vom Vorstand der Freien Wählergemeinschaft Korbach, vertreten durch den 1. Vorsitzenden Heinz Graf. Verantwortlich: Heinz Graf, Gerhard Kleine, Anschrift der Redaktion: Iltterbachstraße 6, 34497 Korbach, Auflage: 11.500 Exemplare, Druck: Sprenger Druck Korbach

Wahlen am 27. November:

Der Ausländerbeirat

Ausländerbeiratswahlen müssen in Orten mit über 1000 Ausländern durchgeführt werden. In der Großgemeinde Korbach leben ca. 1400 Ausländische Mitbürger, die in der Kreisstadt wahlberechtigt sind. Nicht wahlberechtigt sind Doppelstaater, das heißt Bürger, die zwei Staatsangehörigkeiten besitzen. Gewählt wird am Sonntag, den 27. November 2005. Das einzige Wahllokal befindet sich im Rathaus und ist von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr geöffnet. Anschließend wird sofort ausgezählt und Bürgermeister Klaus Friedrich als Gemeindevahlleiter wird das Ergebnis bekannt geben.

Der Ausländerbeirat besteht aus sieben Mitgliedern. Für die kommende Wahl haben sich 10 Einwohner bereit erklärt zu kandidieren, Sie haben sieben Stimmen.

Ausländerbeiratswahl am 27. November 2005

Sie haben sieben Stimmen. Sie können alle sieben Stimmen an verschiedene Bewerber vergeben und dabei jeder Person auf dem Stimmzettel bis zu drei Stimmen geben.

1	Brahim Mahaj			
2	Dimitros Papageorgiou			
3	Nedim Hanoglu			
4	Manuel Perez Vidal			
5	Ruzhdi Fejza			
6	Hasan Aktas			
7	Hasan Inci			
8	Taner Sengul			
9	Harun Karamikli			
10	Mülayim Karamikli			

Ortsbeiräte aufgepaßt:

Angriff auf die Eigenständigkeit der Ortsteile

Wir wissen, wie schwierig es in manchen Ortsteilen ist, genügend Kandidaten für die Wahl zum Ortsbeirat zu finden. Anfang Januar werden hoffentlich alle Korbacher Ortsteile ihre Vorschläge zur Wahl am 26. März 2006 vorlegen. Bisher ist es immer gelungen, dem Wähler Einheitslisten zur Wahl vorzuschlagen - und das ist gut so.

Nun aber Vorsicht: die Hessische Landesregierung hat im Frühjahr eine Änderung der Hessischen Gemeindeordnung beschlossen und unter anderem auch den §82 Abs. 1 geändert. Darin heißt es jetzt: „Werden keine Wahlvorschläge einge-

reicht oder zugelassen oder werden weniger Bewerber zur Wahl zugelassen, als Sitze zu verteilen sind, findet eine Wahl nicht statt; die Einrichtung des Ortsbeirats entfällt für die Dauer der nachfolgenden Wahlzeit.“

Für den betreffenden Ortsteil würde das bedeuten, daß es in der gesamten Legislaturperiode von 2006 bis zum Jahre 2011 keinen Ortsbeirat gäbe und demzufolge auch kein Ortsvorsteher gewählt würde. Der Ortsteil wäre ohne Vertretung, Investitions- und Erneuerungsmaßnahmen würden sehr schwer durchführbar sein - kurz: das Schlechteste,

was es für einen Ortsteil gibt, würde eintreten.

Die **Freien Wähler** haben in den zurückliegenden Jahren konsequent die Eigenständigkeit der Ortsteile gefördert. Die sich daraus ergebenden Vorteile sind zumindest allen Ortsbeiräten bekannt. Wir lehnen daher diesen Generalangriff auf die Ortsteile kategorisch ab und rufen alle Bürgerinnen und Bürger auf: Lassen Sie es nicht soweit kommen! Geben Sie sich einen Ruck und stellen Sie sich zur Wahl. Erteilen Sie den Machenschaften der CDU mit Ihrer Stimme eine klare Absage: wählen Sie die **Freien Wähler**. Wir unterstützen Sie, wo wir nur können.

Schnüffelstaat BRD:

Der gläserne Bürger

Totalitäre Staaten mißtrauen ihrer Bevölkerung. Ein gutes Beispiel - und uns allen in Erinnerung - ist die ehemalige DDR mit ihrem Ministerium für Staatssicherheit. In der Privatsphäre der Bevölkerung wurde gelauscht und bespitzelt. Grund: die Machthabenden hatten Angst vorm eigenen Volk. Dazu hatten sie auch allen Grund, wie die Geschichte lehrt: die DDR ist an wirtschaftlichen Problemen zusammengebrochen, aber auch am Mißtrauen der Bevölkerung gegenüber dem eigenen Staat. Ähnliche Zustände beschreibt George Orwell in seinem Roman „1984“, den ich, Ihr Eulenspiegel, der Sie an dieser Stelle grüßt, wärmstens als Lektüre empfehle.

In der BRD wurde am 1. April 2005 - und das ist kein Aprilscherz - unter dem Deckmantel der Steuerehrlichkeit das Bankgeheimnis von der Rot-Grünen Regierung faktisch abgeschafft. Eine Vielzahl von Behörden kann jetzt, gestützt auf das sogenannte „**Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit**“, Kontendaten bei den Kreditinstituten abfragen. Solche Kontrollabfrage gab es schon vorher. Sie sollten verdeckte Finanztransaktionen terroristischer Gewalttäter und illegale Geldströme aufdecken. Jetzt dienen sie der Steuererhebung. Ein begründeter Anfangsverdacht ist nicht mehr erforderlich, eine richterliche Genehmigung ebenfalls nicht und der Behördenleiter muß auch nicht informiert werden. Es reicht laut Gesetz, wenn „aufgrund konkreter Momente oder aufgrund allgemeiner Erfahrungen ein Kontenabruf zur Verifikation der Angaben des Steuerpflichtigen angezeigt ist“. Die Abfrage steht also im Ermessen des Verwaltungsbeamten. Damit ist der Behördenwillkür Tür, Tor und Konto geöffnet. Zwar können die Beamten den Kontostand im ersten Schritt nicht einsehen, dieser kann aber später im Rahmen weiterer Ermittlungen bei der Bank erfragt werden.

Die aktuelle Gesetzesänderung stellt sicher nur die Spitze des Eisberges da. Zumeist unter sympathischen Überschriften versteckt (wer ist schon gegen die Förde-

rung der Steuerehrlichkeit oder für mehr Sicherheit?), werden durch Kontenkontrolle, Telefon- und Videoüberwachung, Rasterfahndung, biometrische Merkmale in Ausweisen oder DNA-Analysen massenhaft Daten erhoben, gespeichert, vernetzt und immer mehr Behörden zugänglich gemacht. Jedesmal geht ein Stück Privatsphäre, ein Stück Freiheit verloren. Stellen Sie sich die Frage: Gibt es nicht gute Gründe für eine ärztliche Schweigepflicht, ein Beichtgeheimnis, ein notarielles Geheimnis und ein Bankgeheimnis? Ich meine ja!

Aber im Moment plagen wir uns mit unserer schönen neuen Schwarz-Roten Regierung herum. Schröder hatte, vermutlich wegen desolater Staatsfinanzen, das Handtuch geworfen. Hoffnung keimte auf, daß es nach den Neuwahlen vom September einen Ruck nach vorn gibt. Wer das glaubte, sieht sich bitter enttäuscht. Die Schwarz-Roten Entscheidungsträger haben eine Erhöhung der Umsatzsteuer um 3 auf 19% beschlossen, nachdem sie uns im Wahlkampf eine 2%ige, beziehungsweise keine Mehrwertsteuererhöhung versprochen haben. Das grenzt an Wahlbetrug! Einzig der Steuersatz auf Lebensmittel und vermutlich auch der auf Rennpferde soll bei 7% bleiben. Sie haben richtig gelesen: Rennpferde werden mit 7% besteuert, Medikamente und Babywindeln hingegen mit derzeit 16%. Wen wundert's, daß die Renten mehrere Jahre nicht steigen sollen, die Pendlerpauschale gekürzt wird und die Eigenheimzulage entfallen soll und uns das ganze als großer Wurf, der Arbeitsplätze schafft und Deutschland auf die Beine hilft, verkauft wird. Gleichzeitig wird ein verfassungswidriger Haushalt angekündigt, bei dem die Netto-Neuverschuldung über den Investitionen liegt. Wen wundert's?

Die wirklichen Probleme, wie eine Entlastung unserer Sozialversicherungen von versicherungsfremden Leistungen, dringend benötigte Investitionen in die Infrastruktur, Investitionen in Forschung und Bildung und eine Kehrtwende in der Ener-



giepolitik (Verzeihung, das darf man nicht laut fordern, das ist politisch unkorrekt) sucht man vergebens. Damit geht es weiter so wie bisher: abwärts. Wir hätten die Rot-Grüne Regierung behalten können. Einzig CDU und CSU, die eine Reihe von Parteiaustritten zu verzeichnen haben, sind entmystifiziert. Sie haben offensichtlich ebenfalls kein tragfähiges Zukunftskonzept und sind genau wie alle anderen Parteien handlungsunfähig.

Mehr als einen Achtungserfolg erlangte das Gespann Gysi/Lafontaine. Sie haben offensichtlich nicht nur eine Reihe von Protestwählern hinter sich gebracht, sondern sind auch von vielen arbeitslosen Hartz IV - Empfängern gewählt worden. Da es nicht hilft, vor dieser Linken zu warnen, lasse ich es.

Bleibt uns noch ein Blick in die Zukunft, etwa ins Jahr 2040. Aufgrund der demografischen Entwicklung rollt eine weitere Katastrophe auf uns zu. Die Bevölkerungsstruktur wird sich grundlegend verändert haben, wenn nicht umgehend, und mit umgehend meine ich in dieser Legislaturperiode, wirksam gegengesteuert wird. Geschieht nichts oder wird die Situation noch durch eine verkorkste Familienpolitik verschärft, und ganz danach sieht es aus, wird der Staat keiner seiner Aufgaben mehr nachkommen können.

Doch damit genug für dieses Jahr. Ich bedanke mich für Ihr Interesse und wünsche Ihnen und Ihrer Familie ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr 2006.



Ihr Eulenspiegel